

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

September 2007



Trari, trara – der Mindestlohn ist da!

Nun also auch die Post. Nach dem Baugewerbe, den Malern und Lackierern sowie dem Abbruch- und dem Dachdeckerhandwerk, ist es nun den Briefzustellern gelungen, einen Tarifvertrag über einen Mindestlohn auszuhandeln. In den alten Bundesländern beträgt er 9,80 € je Stunde, in den neuen Ländern 9,00 €.

Politik und Gewerkschaften sagen dazu nicht viel, die Post gar nichts. Darin liegt der Schlüssel für das Verständnis dessen, was sich in einer politisch ausgekungelten Tarifrunde gegen den Markt und die Kunden unterbringen lässt. Dazu muss man wissen, dass zum Ende dieses Jahres das Briefbeförderungsmonopol der Post ausläuft. Ab dann dürfen Wettbewerber, die sich auch schon bereitgestellt haben, zeigen, dass man mit niedrigeren Kosten Briefe billiger zustellen kann. Das passt der Post – verständlicherweise – überhaupt nicht. Wie aber soll man die Konkurrenten fernhalten, wenn der Schutz durch das Monopol entfällt? Richtig: mit Hilfe des Bundesarbeitsministers.

Der hat schon während der – ihn eigentlich nichts angehenden – Lohnverhandlungen mehr als nur durchblicken lassen, dass er den tarifvertraglich vereinbarten Mindestlohn für allgemeinverbindlich erklären werde. Das bedeutet: Der wesentliche Kostenfaktor der Briefzustellung – der Zustellerlohn – wird dem Wettbewerb entzogen, weil kein Zustellunternehmen einen Lohn zahlen darf, der unter dem maßgeblich von der Post ausgehandelten Mindestlohn liegt. Die Post hat zwar demnächst kein Monopol mehr. Aber sie wird auf Jahre hinaus den tarifvertraglichen Mindestlohn bestimmen, den der Arbeitsminister regelmäßig für allgemeinverbindlich erklärt und damit der alten Staatspost die Marktführerschaft sichert.

Der Wettbewerb, so sagt man zu Recht, gehöre zum Kern von Ludwig Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“. Der Mindestlohn fällt in den Entscheidungsbereich des Sozialressorts der Bundesregierung. Mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ hat er aber nichts zu tun.

Hans D. Barbier

Vermögen

Das Geld- und Sachvermögen der Bundesbürger beträgt mittlerweile 9,3 Billionen €. Mehr als die Hälfte des Vermögens – 4,8 Billionen € – stecken in Immobilien. Die restlichen 4,5 Billionen € sind als Geldvermögen auf Sparkonten, in Wertpapieren, Lebensversicherungen, Fonds und Aktien verteilt. Gut ein Drittel des Geldvermögens sind Spar-, Sicht- und Terminalsparanlagen. Ein Viertel ist bei Versicherungen eingezahlt. Knapp 20 Prozent des Geldvermögens ist in Aktien oder Investmentfonds angelegt. Rund ein Zehntel entfällt auf festverzinsliche Wertpapiere, der Rest besteht aus sonstigen Beteiligungen und Pensionsrückstellungen.

www.die-bank.de

Sozialhilfe

Die Ausgaben für Sozialhilfemaßnahmen 2006 um vier Prozent höher als im Jahr 2005. Sozialhilfeberechtigten wurden im vergangenen Jahr mit insgesamt 18,3 Milliarden € unterstützt.

Je Einwohner wurden für die Sozialhilfe rechnerisch 222 € ausgegeben. In den alten Bundesländern betrug die Hilfe mit 232 € je Einwohner wesentlich mehr als in den neuen mit 145 €. Die mit Abstand höchsten Sozialhilfemaßnahmen je Einwohner hatten im Jahr 2006 die drei Stadtstaaten Bremen (363 €), Hamburg (346 €) und Berlin (331 €). Die geringsten Beträge je Ein-

wohner wurden in Baden-Württemberg und Bayern – 162 € bzw. 193 € – ausgezahlt. In den neuen Bundesländern waren die Pro-Kopf-Ausgaben in Sachsen (110 €) und Thüringen (146 €) am niedrigsten.

www.destatis.de/

Kinder, Kinder

„Vater Staat“ liebt seine Kinder, und er lässt sich diese Zuneigung auch etwas kosten: Mehr als 30 Milliarden € werden jährlich aufgewendet:

■ Grundsätzlich hat jedes Kind Anspruch auf Kindergeld. Es wird mindestens bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gewährt, unter bestimmten Voraussetzungen sogar bis zum 25. Lebensjahr. Für das erste bis dritte Kind gibt es derzeit 154 € im Monat, für jedes weitere monatlich 179 €. 2006 hat die bei der Bundesagentur für Arbeit angesiedelte Familienkasse 29,7 Milliarden € überwiesen.

■ Kinder, deren Eltern zu wenig verdienen, können seit Einführung der Hartz-IV-Reform im Januar 2005 einen sogenannten Kinderzuschlag von maximal 140 € im Monat erhalten. Im Jahr 2006 wurden für 124 000 Kinder rund 140 Millionen € ausgezahlt. Die große Koalition will die Anspruchsgrundlagen ausweiten und die Zahl der empfangsberechtigten Kinder im nächsten Jahr auf 530 000 vervierfachen; dann werden

jährlich 570 Millionen € benötigt.

■ Für Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern gibt es das „Sozialgeld“. Zurzeit sind das 208 € pro Kind bis 14 Jahre und 278 € für jedes Kind im 15. Lebensjahr. Mit Vollendung des 15. Lebensjahres endet der Anspruch. Ende Juli 2007 erhielten knapp 1,4 Millionen Kinder Sozialgeld. Dafür wurden gut 650 Millionen € ausbezahlt.

Entwicklungsländer im Aufwind

Die Weltwirtschaft floriert im fünften Jahr in Folge: Seit der Jahrtausendwende haben die weltweite Produktion und der internationale Handel deutlich zugenommen. Das berichtet die Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) im „Trade and Development Report 2007“.

Mit dem Aufschwung stiegen die Nachfrage und damit die Preise für Rohstoffe, allen voran die Erdöl- und Gaspreise. Aber auch Metalle und Erze, Kautschuk sowie Zucker wurden spürbar teurer. Besonders stark gewachsen ist die Nachfrage aus den aufstrebenden Staaten Süd- und Ostasiens sowie aus den Transformationsländern aus Mittel- und Osteuropa.

Die rohstoffreichen Länder profitierten davon: Hohe Exporte zu hohen Preisen ließen in den vergangenen Jahren das verfügbare Einkommen in den Entwicklungsländern Afrikas, Lateinamerikas und Westasiens steigen.

www.unctad.org

Landesbanken: Riskante Geschäfte

Die Landesbanken sind ins Gerede gekommen: Die WestLB, die Landesbank von Nordrhein-Westfalen, hat über eine halbe Milliarde € mit hochriskanten Aktiengeschäften verloren. Der Sachsen LB drohen sogar Spekulationsverluste bis zu 17 Milliarden €.

Nach einigen Zusammenschlüssen in den vergangenen Jahren gibt es derzeit noch elf Landesbanken in Deutschland. Sie beschäftigten Ende des Jahres 2006 rund 54 000 Mitarbeiter. Bei der Deutschen Bank, der größten deutschen privaten Geschäftsbank, arbeiteten rund 69 000 Mitarbeiter.

Eigentümer der Landesbanken sind die Bundesländer und die regionalen Sparkassenverbände. Üblicherweise werden die Landesbanken als „Anstalten des öffentlichen Rechts“ geführt. Sie unterstehen – wie alle Banken – der staatlichen Aufsicht. Mit der „laufenden Überwachung der Institute“ sind 1 050 Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank und weitere 400 Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) befasst.

Aufgaben-Dreierlei für die Landesbanken

Die Aufgaben der Landesbanken sind in den Sparkassen- und Landesbankgesetzen der Bundesländer festgelegt:

■ Als Kooperationspartner der Sparkassen dienen Landesbanken als Verrechnungstellen im bargeldlosen Zahlungsverkehr und unterstützen die Sparkassen bei Geschäften mit Großkunden und im Ausland.

■ Landesbanken besorgen die Bankgeschäfte ihrer jeweiligen Landesregierung und

leisten im öffentlichen Auftrag Beiträge zur regionalen Wirtschaftsförderung, unter anderem im Rahmen von Mittelstands-, Wohnungsbau- und Strukturpolitik.

■ Neben diesen Geschäftsfeldern haben sich die Landesbanken zunehmend als allgemeine Geschäfts- oder Universalbanken positioniert. Sie betreiben mittlerweile alle üblichen Bankgeschäfte. Daraus resultieren die aktuellen Spekulationsverluste von WestLB und Sachsen LB.

Nach dem Ende der Staatshaftung

Ursächlich für diese Entwicklung war die Neugestaltung der Wettbewerbsregeln für die Landesbanken durch eine Entscheidung der EU-Kommission. Bis zum Jahr 2005 waren die Bundesländer Bürgen ihrer Landesbanken. Eine Landesbank galt deshalb als besonders sicherer Kreditnehmer. Im Fall einer Pleite hätte die öffentliche Hand in vollem Umfang haften müssen. Als

besonders sicherer Schuldner konnten sich die Landesbanken am Kapitalmarkt Geld zu besonders günstigen Konditionen leihen.

Die EU-Kommission sah darin einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil gegenüber privaten Banken. Mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung wurden die Landesbanken gezwungen, mit privaten Banken auf dem Kapitalmarkt um Kredite zu konkurrieren. Da sie – anders als Sparkassen und private Banken – nicht über Einlagen verfügen, sind sie besonders stark auf die Kreditfinanzierung angewiesen.

Spezialisierung und Spekulation

Die Landesbanken suchten deshalb nach neuen Geschäftsfeldern. Ausgehend von ihren – oft regional bedingten – Schwerpunkten haben sich einige spezialisiert: Die HSH Nordbank ist als Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein inzwischen weltgröß-

WestLB AG

Eigentümerstruktur in Prozent

31,60	NRW.Bank (davon 64,74 % Land NRW)
25,30	Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
25,30	Westfälisch-Lipp. Sparkassen- und Giroverband
17,10	Land Nordrhein-Westfalen
0,35	Landschaftsverband Rheinland
0,35	Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Quellen: Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Bundesverband Öffentlicher Banken und Geschäftsberichte 2006.



„Angesichts der rasanten finanziellen Globalisierung warne ich eindringlich davor, zu glauben, der Status Quo oder eine Vertagung der Entscheidung zur Landesbankenkonsolidierung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag sei ein gangbarer Weg.“

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen

Sachsen LB

Eigentümerstruktur in Prozent

37,04	Freistaat Sachsen
62,96	Sparkassenfinanzgruppe Sachsen

Quellen: Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Bundesverband Öffentlicher Banken und Geschäftsberichte 2006.

ter Schiffsfinanzierer. Die Bayern LB engagiert sich im Geschäft mit Osteuropa. Die baden-württembergische LBBW hat ihre Kapazitäten in der Mittelstandsfinanzierung ausgeweitet.

Doch die Landesbanken stecken in der Zwickmühle. Von ihnen werden Renditen erwartet, die die Haushalte von Bundesländern und Kommunen entlasten. Auch soll genügend Kapital verfügbar sein, um die von den Bundesländern gewünschte Wirtschaftsförderung zu finanzieren. WestLB und Sachsen LB haben versucht, durch riskante Investments die erforderlichen Erträge zu erwirtschaften. Sie sind damit – die WestLB sogar zum wiederholten Male – gescheitert.

Mit Gesetzen und Fusionen aus der Krise?

Politiker und Gewerkschaften fordern nun Gesetze, die das Tun der Landesbanken genauer definieren. Besonders riskante Anlagen sollen grundsätzlich verboten, Anlageentscheidungen sollen transparenter durchgeführt werden. Zudem wird empfohlen, die Kontrolle der Landesbanken durch die Landesregierungen und die allgemeine Bankenaufsicht zu stärken.

Diese Forderungen unterstellen, dass Politik und Bankenaufsicht Kapitalmarktrisiken besser einschätzen

können als die Banken. Die jüngsten Vorkommnisse widerlegen genau diese Annahme: An der WestLB ist das Bundesland NRW mit rund 38 Prozent, an der Sachsen LB war bis vor kurzem der Freistaat Sachsen mit 37 Prozent beteiligt. Die Fehlspekulationen passierten, weil Risiken falsch eingeschätzt wurden. Die be-

Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)

Eigentümerstruktur in Prozent

35,61	Land Baden-Württemberg
35,61	Sparkassenverband Baden-Württemberg
18,93	Landeshauptstadt Stuttgart
4,92	Sparkassen- und Giroverband
4,92	Landes Kreditbank Baden-Württemberg

Quellen: Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Bundesverband Öffentlicher Banken und Geschäftsberichte 2006.

reits bestehenden Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Politik haben das nicht verhindert.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück rät den Landesbanken angesichts der aktuellen Ereignisse zur Fusion. Er meint, wenn ein oder zwei kapitalstarke „global players“ entstehen, sei das Problem gelöst. Wie das? – Die WestLB, die so große Sorgen bereitet, ist ein mächtiges Institut. Durch den Zusammenschluss mit der LBBW entstünde das zweitgrößte Geldhaus nach der Deutschen Bank. Eine solche Fusion würde jedoch nichts an der zweispaltigen Aufgabenstellung der Super-

Landesbank ändern. Das Risiko von Fehleinschätzungen wäre nach wie vor vorhanden.

Verhängnisvolle politische Einflussnahme

Das eigentlich Problematische ist der starke politische Einfluss in den Landesbanken. Die Entscheidungen, die getroffen werden, erfolgen nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Aspekten. Es ist zwar schön und gut, wenn die Landesbanken für ihre Wirtschaftsförderungsmaßnahmen gelobt werden. Aber warum halten sich die privaten Banken bei der Kreditvergabe

zahlen. Es darf nicht vergessen werden, dass Landesbanken, wenn sie Geld hergeben, das gegebenenfalls auf Kosten der Steuerzahler tun.

Risiko zulasten der Steuerzahler

Wie stark auf die Steuerzahler zugegriffen wird, zeigen die Ereignisse rund um die Sachsen LB. Bei ihrer Übernahme durch die LBBW wurden Risiken für den neuen Eigentümer ausgeschlossen. Die Haftung des Freistaates Sachsen bleibt für bereits bestehende Verbindlichkeiten unberührt. Erst ab dem Jahr 2011 will die LBBW den Alteigentümer aus der Verantwortung entlassen. Verluste, die durch die Fehlspekulationen entstanden sind oder noch entstehen, sind sogar dauerhaft von der Übernahme ausgenommen. Im ungünstigsten Fall müssten die Steuerzahler 17 Milliarden € zum Ausgleich der Spekulationsverluste aufbringen.

Die Landesbanken haben sich auf der Ertragsseite zu normalen Banken entwickelt. Jetzt muss sichergestellt werden, dass sie auch auf der Besitzseite private Anteilseigner erhalten und den Steuerzahlern keine Verluste, und das heißt natürlich auch: keine Gewinne zugewiesen werden.

Andreas Schirmer

an klein- und mittelständische Unternehmen zurück? Weil das Risiko eines Verlustes zu groß ist.

Wenn sich ein Kredit wirtschaftlich rechtfertigen lässt, dann wird ihn auch ein privatwirtschaftlich geführtes Institut gewähren. Wenn er nicht zu verantworten ist, darf ihn auch keine Landesbank aus-

HSH Nordbank AG

Eigentümerstruktur in Prozent

35,39	Freie und Hansestadt Hamburg
20,01	Land Schleswig-Holstein (SH)
18,02	Sparkassen- und Giroverband SH
26,58	sieben Trusts, vertreten durch J.C.Flowers

Quellen: Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Bundesverband Öffentlicher Banken und Geschäftsberichte 2006.



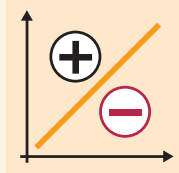
„Wenn es viele Menschen in einem Staat gibt, die von der Sorge gequält sind, was morgen ihr Schicksal sein wird, so kann man nicht von Freiheit sprechen.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

September 2007

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im September 2007


Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung 
Die Bundesagentur für Arbeit (BA) meldete für August 3,7 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das waren 10 000 weniger als Vormonat und 666 000 weniger als vor einem Jahr. „Die gute konjunkturelle Lage wirkt sich weiter auf den Arbeitsmarkt aus“, sagte Frank Weise, Vorstandsvorsitzender

Arbeitslose	
Jahreszahlen 2007	
Januar	4 246 606
Februar	4 222 156
März	4 124 177
April	3 975 813
Mai	3 811 809
Juni	3 687 119
Juli	3 715 019
August	3 705 434

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

der BA. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zugezogen, die Zahl der offenen Stellen bleibe hoch.

Geldwertstabilität 
Nach Definition der Europäischen Zentralbank gilt eine Inflationsrate von 2,0 Prozent als Obergrenze für Preisstabilität. Im August 2007 ist der Ver-

Ängste 2007

Die Deutschen fürchten sich vor ... (Mehrfachnennungen möglich)	
Inflation	66 %
Naturkatastrophen	59 %
Pflegefall im Alter	53 %
schwerer Erkrankung	51 %
Überforderung der Politiker	51 %
Terrorismus	50 %
schlechterer Wirtschaftslage	48 %
eigener Arbeitslosigkeit	47 %
allgem. Arbeitslosigkeit	45 %
Krieg	36 %
Straftaten	28 %
Trennung vom Partner	19 %

Quelle: R+V Versicherungen

braucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,9 Prozent gestiegen. Wesentlichen Anteil an der Preisentwicklung hatten die Preise für Nahrungsmittel: Sie sind im Vorjahresvergleich um bis zu 3,7 Prozent teurer geworden. Im direkten Monatsvergleich stieg vor allem der Butterpreis: 32 Prozent mehr als im Monat Juli mussten beim Einkauf dafür bezahlt werden.

Einer aktuellen Umfrage zufolge ist die Angst der Bundesbürger vor steigenden Lebens-

haltungskosten jetzt an die erste Stelle gerückt: Die Deutschen fürchten die Inflation mehr als Naturkatastrophen.

Eigenverantwortung 
In 17 von 141 Ländern ist die wirtschaftliche Freiheit gemäß der Studie „Economic Freedom of the World 2007“ größer als in Deutschland. Gegenüber 2006 verschlechterte sich die Bundesrepublik um einen Platz. In den ermittelten Freiheitsindex gehen rund 40 Komponenten ein. Die Arbeitsmarktregulierungen und der staatliche Anteil am Bruttoinlandsprodukt werden für Deutschland extrem schlecht bewertet.

Mehr Freiheit – und damit mehr Eigenverantwortung – bedeutet laut Studie mehr Wirtschaftswachstum und höheres Pro-Kopf-Einkommen. Mit dem größeren Wohlstand steigt die Lebenserwartung, die Kindersterblichkeit sinkt, mit der Umwelt wird bewusster und schonender umgegangen.

Ist Freiheit Ursache für oder Folge von Wohlstand? In beiden Fällen ist sinnvoll, die Eigenverantwortung des Einzel-

nen nicht zu schwächen: Entweder trägt Freiheit zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlergehen bei; davon sind die Autoren der Studie überzeugt. Oder der Wohlstand eines Landes macht es der Politik leicht, „den Einzelnen über sein Schicksal entscheiden zu lassen“, wie es Ludwig Erhard forderte.

Wirtschaftsfreiheit

Plätze 1 bis 10, Jahresbericht 2007 „Economic Freedom of the world“

1.	Hong Kong
2.	Singapur
3.	Neuseeland
4.	Schweiz
5.	USA
	Großbritannien
	Kanada
6.	Estland
7.	Irland
	Australien
8.	Finnland
	Luxemburg
	Island
	Chile
9.	Dänemark
	Niederlande
	Vereinigte Arabische Emirate
10.	Deutschland

Quelle: Friedrich-Naumann-Stiftung

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto (innen): picture-alliance/dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Friedrich Naumann